

Präsident, sah große Chancen für neue Formen der Kooperation, die „die vielen exzellenten Spieler in Deutschland intelligent zusammenbringen“ und langfristig angelegt sind. Aber nur mit der richtigen Konstellation von Partnern mit dem richtigen Profil könnten solche Konstrukte erfolgreich sein. Daher reiche es nicht aus, „dass man etwas zusammen wirft, um etwas Großes zu schaffen“. So sei im Hinblick auf die Fusion von Universität und Forschungszentrum in Karlsruhe nicht klar, wofür das KIT eigentlich stehe. Das wäre anders, hätte sich das KIT beispielsweise zum Nationalen Energieforschungszentrum erklärt.

Im Hinblick auf die Zukunft der Exzellenzinitiative appellierte Schütte, diese „nicht nur nach der Kontinuität des Mittelflusses“ zu bewerten. Da diese Initiative zur

Profilierung der Universitäten beitragen sollte, hätten die Universitäten ihre Strukturen anpassen und Ressourcen bündeln müssen. Dies habe die Universität Heidelberg geleistet, sagte ihr Rektor Bernhard Eitel, wodurch ein „Gesamtkunstwerk“ aus Zukunftskonzept, Exzellenzcluster und Graduiertenschulen entstanden sei, die man nicht gegeneinander ausspielen dürfe: „Die Kollegen wissen manchmal gar nicht mehr, woher der Rubel kommt.“ Angesichts von über 20 Milliarden Euro, die die Länder pro Jahr für die Universitäten ausgeben, und der rund 400 Millionen der Exzellenzinitiative dürfe „dieses Sahnehäubchen für die Spitzenforschung nicht mit der Gießkanne in die Breite gegeben“ werden.

Kürzlich hat die Gemeinsame Wissenschaftskonferenz (GWK) eine neue Bund-Länder-Initiative

vorgeschlagen, zu deren Ausgestaltung eine Kommission unter dem Vorsitz des Schweizer Physikers Dieter Imboden bis 2016 Vorschläge vorlegen soll. In Anbetracht dieses späten Termins forderte Schütte bei der Diskussion auf, bereits jetzt damit zu beginnen, „kluge neue Ideen“ zu entwickeln. Eine Exzellenzinitiative für die Lehre gehört dazu jedenfalls nicht, ist Eitel überzeugt: „Ich wehre mich gegen die Aussage, dass die Exzellenzinitiative die Lehre vernachlässigt hätte“. Das Gegenteil sei der Fall, da Forschung und Lehre eine Einheit bilden würden und man über eine einseitige Förderung der Lehre nicht die besten Forscher anziehen könne. „Gebt den Universitäten mehr Grundausstattung, und sie werden beides tun, die Forschung zieht die Lehre mit“, ist seine Überzeugung.

Stefan Jorda

■ „Mit Physik getränkt“

Vor 20 Jahren wurde das Magnus-Haus in Berlin als wissenschaftliches Begegnungszentrum eröffnet.

Einen Tag nach den großen Feierlichkeiten in Berlin zum Fall der Mauer vor 25 Jahren hatte auch die DPG besonderen Grund zum Feiern: Mit einer Festveranstaltung würdigte sie die Bedeutung des Magnus-Hauses, das nach umfangreicher Sanierung im November 1994 als wissenschaftliche Begegnungsstätte und Hauptstadtpresenztanz der DPG eröffnet wurde. Dieses Haus im Herzen Berlins, direkt gegenüber der Museumsinsel gelegen, ist „seit der Wiedervereinigung unserer Gesellschaften geistiges und historisches Zentrum der DPG“, sagte DPG-Präsident Edward Krubasik in seinem Grußwort. Zur besonderen Bedeutung des um 1750 gebauten spätbarocken Palais zitierte er den kürzlich verstorbenen DPG-Altpräsidenten und langjährigen wissenschaftlichen Leiter des Magnus-Hauses, Theo Mayer-Kuckuk, mit den Worten: „Das Haus ist die Wiege der Physik in Berlin. Hier hat die Physikalische Gesellschaft ihren Ursprung. Hier wurden bahnbrechende Erkennt-

nisse in der Physik erstmalig vorgebracht. Dieses Haus ist mit Physik getränkt.“

Die vielfältigen Beziehungen des Hauses zur Physik begannen 1776, als Joseph-Louis Lagrange als Mieter einzog. In Berlin entstand sein Hauptwerk über analytische Mechanik. 1840 erwarb der Experimentalphysiker Gustav Magnus das Haus, in dem er bis zu seinem Tod 1870 wohnte. Seinen fortgeschrittenen Studenten bot er ab 1842 die Möglichkeit, in seinem privaten Laboratorium zu arbeiten, und in dem Physikalischen Colloquium, einer neuartigen Lehrveranstaltung, diskutierte er mit seinen Schülern die neuesten Veröffentlichungen und den aktuellen Stand der Forschung. Hier lernten sich die Physiker kennen, die am 14. Januar 1845 die „Physikalische Gesellschaft zu Berlin“ gründeten, aus der die DPG hervorging. Diesem Kreis gehörten auch Werner von Siemens und Georg Halske an, die sich später zur Telegraphenbauanstalt Siemens & Halske zusammenfanden, aus der

der deutsche Weltkonzern Siemens entstand.

Zum 100. Geburtstag von Max Planck im Jahr 1958 wurde das Haus von Oberbürgermeister Friedrich Ebert der Physikalischen Gesellschaft in der DDR „in dauernde Obhut und Pflege“ übergeben. Anschließend bezog die Physikalische Gesellschaft der DDR ihren Sitz im Magnus-Haus. Mit dem Zusammenschluss der beiden Gesellschaften aus Ost und West ging das Magnus-Haus 1990 als gemeinsames Erbe an die DPG mit der Verpflichtung, es als Stätte der Physik zu nutzen und zu bewahren. Doch zuvor war eine aufwändige Renovierung nötig, die Siemens mit einer großzügigen Spende ermöglichte. Anfang 1995 startete das Veranstaltungsprogramm mit einem Abendvortrag des Industriephysikers und Managers Dieter Röß, der nun auch zum Jubiläum einen Festvortrag hielt, über die Zusammenhänge von Bildung, Forschung, Innovation und Wohlstand. Heute finden in dem Haus wissen-



Das Magnus-Haus in Berlin

schaftliche Abendvorträge und Kolloquien, Diskussionsrunden, Industriegespräche und weitere Veranstaltungen statt. „Die Lage in unmittelbarer Nähe zum deutschen Bundestag ist ideal, um Erkenntnisse der Physik und ihre Bedeutung für die Gesellschaft der Politik zu vermitteln“, betonte Krubasik.

Bei allem Anlass zum Feiern erinnerte Ingolf V. Hertel, Kuratoriumsvorsitzender des Magnus-Hauses, in seinem Rückblick daran,

dass der Berliner Senat das Haus 2001 an Siemens verkauft hat. Die Nutzung des Hauses durch die DPG ist zwar bis 2024 gesichert, ob und wie das darüber hinaus möglich sein wird, ist derzeit aber offen. Hertel drückte seine Hoffnung aus, dass sich zwischen dem Eigentümer Siemens und der DPG eine gemeinsame Lösung finden lässt. Dann hätte die DPG auch in Zukunft noch Grund, in Berlin zu feiern.

Stefan Jorda

■ DFG: Neue Graduiertenkollegs

Die DFG richtet 14 neue Graduiertenkollegs (GRK) bzw. Internationale GRKs (IGK) ein, die viereinhalb Jahre lang insgesamt 60 Millionen Euro erhalten. Vier davon haben Physikbezug:

■ Entspricht das entdeckte Higgs-Teilchen der Vorhersage des Standardmodells? Welche Teilchen bilden die Dunkle Materie? Kann der LHC diese finden? Das GRK „Masse und Symmetrien nach der Entdeckung des Higgs-Teilchens am LHC“ soll helfen, solche und ähnliche Fragen zu klären (Sprecher: Stefan Dittmaier, U Freiburg).

■ Das IGK „Kalte kontrollierte Ensembles in Physik und Chemie“ analysiert kalte und ultrakalte atomare und molekulare Systeme. Das IGK soll insbesondere neue Wege erschließen, um gekühlte atomare und molekulare Systeme herzustellen und zu charakterisieren (Frank Stienkemeier, U Freiburg, Koopera-

tionspartner: University of British Columbia, Kanada).

■ Das Forschungsinteresse des IGK „Geführtes Licht, dicht gepackt: neue Konzepte, Komponenten und Anwendungen“ richtet sich auf optische Wellenleiter und verwandte Technologien, mit denen sich Licht in ultrakompakten Strukturen kontrollieren lässt (Andreas Tünnermann, U Jena, Partner: Institut National de la Recherche Scientifique (INRS), Université Laval und University of Toronto, Kanada).

■ Das IGK für „Funktionelle Hybridmaterialien (ATUMS)“ widmet sich strukturkontrollierten Nanopartikeln mit einstellbaren Eigenschaften und leitfähigen Polymeren, mit Anwendungen in der effizienteren Nutzung, Umwandlung und Speicherung regenerativer Energien (Bernhard Rieger, TU München, Kooperationspartner: University of Alberta, Kanada).

■ Notwendiger Ausbau

Auf seiner Herbstsitzung hat der Wissenschaftsrat (WR) empfohlen, die Forschungsaktivitäten des Bundesamts für Strahlenschutz (BfS) in Salzgitter weiter auszubauen.^{+) Das sei notwendig, damit diese zentrale Einrichtung seine Aufgaben weiterhin qualitativ hochwertig wahrnehmen könne. Seit der letzten Evaluation im Jahr 2006 sieht der Wissenschaftsrat Fortschritte im Hinblick auf Forschungsleistungen, die in verbesserten Publikationsleistungen und erhöhten Drittmitteleinnahmen zum Ausdruck kommen. Dennoch sollte das BfS den Ausbau der Eigenforschung weiter vorantreiben.}

Verbesserungsbedarf besteht bei der strategischen Steuerung der Forschung. Der Wissenschaftsrat bekräftigt daher seine Empfehlung von 2006, einen übergreifenden, international besetzten wissenschaftlichen Beirat einzurichten, der die Fachbereiche bei der Identifikation neuer Forschungsthemen und bei der Schwerpunktsetzung unterstützt. Diese Schwerpunkte müsse das Bundesamt für Strahlenschutz flexibler setzen als bisher. Vor diesem Hintergrund sollte das BfS einen Anteil von rund zehn Prozent der wissenschaftlichen Stellen auf Postdoc-Niveau flexibel vergeben können. Zudem sollte ein Graduiertenfonds für jährlich etwa zehn Promotionsstipendien eingerichtet werden.

Die Bearbeitungszeiten für wissenschaftliche Dienstleistungen des BfS gilt es, erheblich zu verkürzen, insbesondere bei Genehmigungsverfahren für die Anwendung ionisierender Strahlung in der medizinischen Forschung. Schließlich sollte das Bundesamt für Strahlenschutz aktiver Personal rekrutieren, insbesondere durch eine verstärkte Nachwuchsförderung und engere Kooperationen mit Hochschulen. Nur so sei es möglich, die Kompetenzen am BfS zu erhalten und nachhaltig wichtige Forschungsthemen bearbeiten zu können. (WR)

+) www.wissenschaftsrat.de/download/archiv/4201-14.pdf